

ob es für den EVG-Vertrag oder für einen Friedensvertrag ist und eine Verfälschung seines politischen Willens verhindern. Auf eine klare Frage wird dann eine klare Antwort erteilt. Wir zweifeln nicht daran, daß die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes der amerikanischen EVG-Politik eine vernichtende Abfuhr erteilen wird.

Jetzt nach der Berliner Außenministerkonferenz erkennen viele Menschen klarer, wie ein wiedervereinigtes, friedliebendes Deutschland aussehen muß, erkennen sie klarer die Rolle der friedliebenden Deutschen Demokratischen Republik als Vorbild eines wiedervereinigten, freien Deutschlands. Der amerikanische Außenminister Dulles hat unsere Republik auf der Konferenz wiederholt angegriffen und verleumdet. Für alle ehrlichen deutschen Patrioten kann das nur eine Bestätigung dafür sein, daß der Weg unserer Regierung zur friedlichen Lösung der Deutschlandfrage richtig ist. Dulles hat sich als Feind eines freien, demokratischen Deutschlands erwiesen. Die deutschen Patrioten werden seine unverschämten Forderungen nach Liquidierung der Deutschen Demokratischen Republik scharf zurückweisen. Die deutschen Arbeiter werden sich fragen, ob das künftige einheitliche Deutschland zum Beispiel in der Sozialgesetzgebung die Gesetze und Verordnungen unserer Regierung, wie das Gesetz der Arbeit, oder die Verordnung über die weitere Verbesserung der Arbeits- und Lebens-

bedingungen der Arbeiter und der Rechte der Gewerkschaften zum Vorbild nehmen soll, oder etwa das Betriebsverfassungsgesetz der Adenauer-Regierung. Die Bauern werden sich fragen, ob sich ganz Deutschland die Bauernpolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu eigen machen soll oder etwa die Agrarpolitik Adenauers.

Die Antwort wird ihnen nicht schwerfallen. Die Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik werden mit ihren Produktionsleistungen antworten, um ihre Republik und damit den Kampf um ein einheitliches, friedliebendes, demokratisches Deutschland zu stärken.

Die Atmosphäre der internationalen Entspannung erleichtert die Annäherung der beiden Teile Deutschlands, eine friedliche Verständigung zwischen den Deutschen. Die Verständigung der Deutschen, das ist die dringendste Aufgabe. Besonders muß unser Volk den Grundsatz beherrzigen, daß die Erringung der staatlichen Einheit in erster Linie seine eigene Aufgabe ist, es muß sich auf seine eigene Kraft besinnen. Molotow erklärte, daß die Konferenz besonders darüber Klarheit gebracht hätte, daß die Lösung der Deutschlandfrage in erster Linie die Sache der Deutschen selbst sei. Alle Völker, die den Kampf um Einheit und Unabhängigkeit im Laufe der Geschichte erfolgreich führten, haben dieses Ziel nur durch eigene Kraftanstrengungen und Beharrlichkeit erreicht.

M. M.

über das Verhältnis eins zu drei

Was sagen unsere Kolleginnen und Kollegen zu der Außenministerkonferenz der vier Großmächte? In unserem Betrieb wurde von dem größeren Teil der Kollegen viel und gut diskutiert. Es gibt selbstverständlich Kolleginnen und Kollegen, mit denen man längere Zeit und öfter diskutieren muß. Zum Beispiel sagte der Kollege Heinz Meier aus der Kupferschmiede unseres Betriebes: „Die Außenministerkonferenz wird doch nicht den gewünschten Erfolg bringen, denn das Verhältnis steht 3 zu 1 zugunsten der Westmächte. Ansonsten liegt die Rede Molotows ganz in meinem Interesse.“ — Ich sagte zu dem Kollegen: „Es kommt nicht so sehr auf das Verhältnis 1 zu 3 an. Du sagtest eben, daß die Rede des Außenministers Molotow in deinem Interesse liegt. Du bist doch ein Arbeiter. Ich bin auch ein Arbeiter, und der Außenminister Molotow vertritt die Arbeiter und werktätigen Bauern in der Sowjetunion, in der Volksrepublik China, in den anderen volksdemokratischen Ländern und in der Deutschen Demokratischen Republik und darüber hinaus die vielen friedliebenden Menschen in den kapitalistischen Ländern. Außenminister Molotow und das Sowjetvolk, das ist eins, und die Außenminister der Westmächte, z. B. Bidault und das französische Volk, das sind zwei Dinge. Das gleiche gilt für Eden und Dulles. Hinter diesen steht nur eine Clique Kapitalisten, aber nicht das Volk, nicht der Arbeiter. Deshalb gerade, weil die Friedenspolitik der Sowjetunion im Interesse aller Völker liegt, mußten sie sich zu Verhandlungen bereit erklären, und das müssen die Außenminister der Westmächte in Rechnung stellen.“ — „Ja, das leuchtet mir schon ein“, sagte der Kollege. „Aber Molotow muß doch auch einige Zugeständnisse machen.“ — Daraufhin sagte ich zu ihm: „Du bist doch

ein Arbeiter, und was wollen die Arbeiter? Wollen wir Faschismus und Krieg?“ — „Nein.“ — „Wollen wir Aufrüstung und Remilitarisierung?“ — „Nein.“ — „Wollen wir volkseigene Betriebe?“ — „Ja.“ — „Und vor allem wollen wir Freundschaft mit allen friedliebenden Völkern! Eben dafür tritt Außenminister Molotow ein. Was soll er da für Zugeständnisse machen?“ — Der Kollege sagte nun: „Das stimmt, da gebe ich dir recht, aber ich meine in der Frage der Oder-Neiße-Grenze. Wenn man da einige Zugeständnisse machen würde, würde man doch den Westmächten die Waffe aus der Hand schlagen.“ Als ich dem Kollegen die Zusammenhänge des Zustandekommens der Oder-Neiße-Grenze erklärt hatte, sagte er, daß er doch nicht richtig unterrichtet gewesen wäre. Es wäre gut, w^enn man öfter diskutiere.

Ein anderer Kollege sagte: „Wenn nun auf der Außenministerkonferenz wirklich etwas zustande kommt, dann werden die Verträge nicht eingehalten.“ — Ich antwortete ihm: „Nun ja, es stimmt, es sind schon Verträge nicht eingehalten worden. Man muß aber fragen, von wem diese Verträge nicht eingehalten worden sind. Die Sowjetunion hat nachweislich alle von ihr eingegangenen Verträge eingehalten, aber von den Staaten, die kapitalistische Regierungen haben, sind diese Verträge mißachtet worden. Zum Beispiel wurde der Nichtangriffspakt zwischen der Sowjetunion und Hitlerdeutschland von Hitler gebrochen, und das Potsdamer Abkommen von den Westmächten. Dadurch aber entlarven sie sich selbst und zeigen ihr wahres Gesicht.“

(Aus der Diskussionsrede des Genossen Beyer, Ernst-Thälmann-Werk, Magdeburg, auf der III. zentralen Agitatorenkonferenz am 30. und 31. Januar 1954)